

Im Rahmen des **Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (FMStG)** stellt die **Bundesregierung** in Abstimmung mit anderen europäischen Regierungen bis zu 470 Milliarden Euro an neuen Mitteln zur Verfügung. Die Liquiditäts- und Kapitalhilfen sollen zur Stützung des Finanzsystems, aber auch zum Schutz der Wirtschaft dienen. Kern des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist ein Fonds, der solventen Instituten in Deutschland bis Ende 2009 Garantien für gegenseitige Ausleihungen von bis zu 400 Milliarden Euro zur Verfügung stellen soll. Für kurzfristig notwendig werdende Rekapitalisierungen werden zudem 70 Milliarden Euro in ein Sondervermögen eingestellt, über das der Staat befristet Staatsbeteiligungen eingehen kann (siehe auch Leitartikel in diesem Heft).

Ihren Einstieg bei der angeschlagenen Investmentbank **Morgan Stanley** hat die japanische Großbank **Mitsubishi UFJ Financial Group (MUFG)** Mitte Oktober dieses Jahres abgeschlossen. Sie übernahm für neun Milliarden US-Dollar ein Paket von 21 Prozent an dem US-amerikanischen Institut. Anders als zunächst vorgesehen übernahm MUFG keinerlei Stammaktien, sondern ausschließlich Vorzugsaktien. Zudem wurde der Umtauschpreis bei den wandelbaren Vorzugsaktien von 31,25 US-Dollar auf 25,25 US-Dollar gesenkt. Der Kaufpreis blieb dabei unverändert. Alle Papiere sind mit einer Dividende von zehn Prozent ausgestattet.

Eine Kapitalspritze von insgesamt 37 Milliarden britischen Pfund (umgerechnet rund 47,4 Milliarden Euro) gibt die britische Regierung den Großbanken **Royal Bank of Scotland (RBS)**, **Lloyds TSB** und **HBOS**. Im Gegenzug für das Rettungspaket verlangt der Staat bei den angeschlagenen Instituten zukünftig ein Mitspracherecht. Bedingung für die Hilfen sei dabei, dass die Banken dem Verwaltungsrat und dem Management in diesem Jahr keine Cash-Bonifikationen zahlen. Die Großbanken **HSBC** und **Barclays** haben angekündigt, auf die Inanspruchnahme zu verzichten.

Für insgesamt 125 Milliarden US-Dollar übernimmt der **US-Staat** Anteile an den acht größten Kreditinstituten des Landes. Darunter fallen **Citigroup**, **J. P. Morgan Chase**, **Wells Fargo** und **Bank of America** mit jeweils 25 Milliarden US-Dollar, **Goldman Sachs** und **Morgan Stanley** mit je-

10. Oktober 2008 bis 27. Oktober 2008

weils zehn Milliarden Euro sowie die **Bank of New York Mellon** und die **State Street Bank** mit jeweils 2,5 Milliarden US-Dollar. Für weitere 125 Milliarden Euro sollen Anteile an einer breiten Menge kleinerer Institute erworben werden.

Für eine Summe von 1,9 Milliarden US-Dollar im Zuge eines Aktientausches übernimmt die spanische Großbank **Santander** die US-amerikanische **Sovereign Bancorp**, an der sie bereits mit 24,3 Prozent engagiert ist. Der Kaufpreis entspricht anteilig dem letzten Schlusskurs vor Verkündung des Vorhabens. Für den Erwerb eines ersten Pakets von rund einem Fünftel der Anteile im Jahr 2006 hatte Santander 27 US-Dollar je Titel bezahlt.

Mit Auflagen hat die Europäische Kommission die Beihilfen für die angeschlagene KfW-Tochter **IKB Deutsche Industriebank AG**, Düsseldorf, genehmigt. Damit stehen der von der Mutter gezeichneten Kapitalerhöhung im Umfang von 1,25 Milliarden Euro und dem Verkauf des Anteils der **KfW Bankengruppe**, Frankfurt am Main, an der IKB von 90,8 Prozent (zuzüglich der Besserungsansprüche aus Forderungsverzicht) an den Finanzinvestor **Lone Star** nichts mehr im Weg. Bedingung ist der Rückbau der Bilanzsumme von derzeit 47,7 Milliarden Euro per 30. Juni 2008 auf dann 33,5 Milliarden Euro bis September 2011. Konkret verlangt die Kommission die Aufgabe des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung und die Schließung einzelner Standorte im Ausland.

Auf 4,23 Prozent hat das Land **Libyen** sein Anteilspaket an der italienischen **Unicredit** erhöht und ist damit zweitgrößter Aktionär. Die Zentralbank der ehemaligen italienischen Kolonie, die **Libyan Investment Authority**, und die **Libyan Foreign Bank** erwarben Mitte Oktober dieses Jahres 3,67 Prozent der Unicredit-Titel für eine nicht genannte Summe.

Die **Insurance Authority der Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China (IA)** und die Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht

der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** haben Mitte Oktober dieses Jahres ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet. Dieses soll eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Versicherungsaufsichten ermöglichen und die formale Grundlage für Konsultationen, Kooperation und Koordination zwischen IA und BaFin schaffen. Überdies sieht es einen Austausch von Informationen vor, die für die Aufsichts- und Regulierungsaufgaben beider Behörden relevant sind.

Ihre im März 2008 angekündigte Kapitalerhöhung bei der chinesischen **Hua Xia Bank** hat die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, abgeschlossen. Damit hat sich die Beteiligung des Frankfurter Geldhauses von zuvor 9,9 Prozent auf nunmehr 13,7 Prozent des ausgegebenen Kapitals erhöht. Insgesamt erwarb die Deutsche Bank rund 267 Millionen neu emittierte Aktien zu einem Preis von insgesamt rund 0,4 Milliarden Euro. Die Zeichnung war Teil einer Privatplatzierung von Aktien an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank. Die Deutsche Bank beteiligte sich erstmalig im Mai 2006 an der Hua Xia Bank.

Der **Badische Genossenschaftsverband**, Karlsruhe, und der **Württembergische Genossenschaftsverband Raiffeisen/Schulze-Delitzsch**, Stuttgart, schließen sich unter dem Dach des neu gegründeten **Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (BWGV)** zusammen. Dies haben die Mitglieder beider Verbände Ende Oktober dieses Jahres beschlossen. Der neue Verband vertritt künftig 851 genossenschaftliche Unternehmen, darunter 251 Volksbanken und Raiffeisenbanken, 449 landwirtschaftliche Genossenschaften sowie 105 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Der BWGV wird zwei Hauptstellen in Karlsruhe und Stuttgart haben, juristischer Sitz ist Karlsruhe.

Einen Bedarf von 5,4 Milliarden Euro an neuen Mitteln hat die **Bayerische Landesbank (Bayern-LB)**, München, im Rahmen des FMStG angekündigt. Die genaue Höhe der Beteiligung der **Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA)** stehe noch nicht fest. Eine Milliarde Euro stellen die Alt-eigentümer der Bank, der **Freistaat Bayern** und die **Sparkassen** des Landes zur Verfügung. Zum Redaktionsschluss prüften die **HSH Nordbank**, Hamburg und Kiel, sowie die **WestLB**, Düsseldorf, eine Inanspruchnahme der Staatsmittel. ■